

Abg. Schmidt [Dreieberg]

- (A) der Bildung. Das sind ganz andere Sachen wie damals. Die beiden Hauptfehler des Gesetzes sind beseitigt worden. Aber neben der Beseitigung der Hauptfehler mußten wir darauf bedacht sein, auch Kautelen zu schaffen gegen die Überflutung der Kammer durch die Sozialdemokratie. Das haben nicht etwa wir, die Rechtsstehenden, die dreimal vermaledeiten Konserватiven, gesagt, darauf hat die Regierung immer gedrungen, und das wurde auch von der Mitte des Hauses damals immer wieder betont, und ich muß zugestehen, daß diese Kautelen in diesem Wahlrechte, das wir jetzt haben, nicht ganz genügend sind, sondern daß sie als ungenügend bezeichnet werden müssen. Wir sehen ja, daß wir Gefahr laufen, daß die Sozialdemokratie unter diesem Wahlrecht hier in der Kammer auf über ein Drittel der Abgeordneten anwächst. Diese Gefahr ist deswegen sehr groß, weil dann jede Verfassungsänderung im staatserkhaltenden Sinne unmöglich gemacht werden kann. Deshalb ist die Gefahr sehr groß, wenn mehr als ein Drittel Sozialdemokraten hier sitzen. Unsere ungenügenden Kautelen liegen in unseren ungenügenden Mehrstimmen.
- (B) Ich halte es für einen sehr gesunden und staatserkhaltenden Gedanken, daß derjenige, der ein größeres Interesse am Staatsbestehen hat, daß derjenige, der größere Lasten im Interesse des Staates zu tragen hat, daß derjenige, der mehr zur Erhaltung des Staates beiträgt, auch größere Rechte und einen größeren Einfluß auf die Gesetzgebung haben muß.

(Zuruf links: 20 Stimmen!)

Wir haben ja — und das ist heute vielfach betont worden — für den Reichstag das allgemeine gleiche geheime direkte Wahlrecht. Wir haben bisher nichts getan, um an diesem Gesetze zu rütteln, und wir werden nicht daran rütteln, weil es ein großer Unterschied ist, ob man im großen Deutschen Reiche oder in einem kleinen Bundesstaate wählt, weil es ein großer Unterschied ist, ob in einer parlamentarischen Körperschaft hochpolitische Fragen erörtert werden oder ob man sich in der Hauptsache nur mit wirtschaftlichen Fragen zu befassen hat, wie das vielfach bei uns im Landtage der Fall ist. Es ist ein großer Unterschied auch deswegen, weil wir im Königreiche Sachsen bei der fortschreitenden Industrialisierung des Landes Gefahr laufen, daß wir einen vollständig rot angestrichenen Landtag bekommen würden, wenn wir den Wünschen der Herren entgegenkämen.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun ist gesagt worden: wir empfehlen ja die Verhältnismahl. Ich weiß, daß bei der Verhältnismahl auch die Minoritäten etwas zur Geltung kommen, ich habe aber dieselben Bedenken, die der Herr Abg. Rischke ausgesprochen hat, daß durch die Verhältnismahl eine derartige Zerklüftung und Zersplitterung der Parteien in Parteien und Parteichen stattfinden wird, daß wir den Massenkampf hineinragen bis in das letzte Haus in einer Art und Weise, die nicht gedeihlich sein kann für unser Land. Meine Herren! Selbst wenn wir die Verhältnismahl hätten, wenn es nach den Wünschen der Herren Antragsteller ginge, so könnten wir darauf rechnen, daß wir mindestens zwei Drittel Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer sitzen haben würden. Ja, die Herren sagen: laßt es einmal darauf ankommen, dann könnt ihr sehen, was wir leisten werden. Das war wohl der naivste Teil der Ausführungen des Herrn Abg. Fleißner. Er sagte: laßt uns arbeiten, und seht ruhig zu, wie man euch die Haut über die Ohren zieht, und wenn es dann zu spät ist, dann könnt ihr euch ja immer wieder wehren, dann habt ihr immer noch Gelegenheit dazu.

(Heiterkeit.)

Wenn wir eine Zweidrittelmehrheit von Sozialdemokraten in der Kammer hätten, so wäre das Schicksal unseres ganzen Staates besiegelt,

(Sehr wahr! rechts.)

denn die Sozialdemokraten sind antimonarchisch, sie würden sofort, wenn sie das Heft in der Hand hätten, versuchen, den ganzen Staat umzugestalten.

(Sehr richtig! links.)

Sie wollen sich nicht einmal damit begnügen, daß Sie so eine derartige Mehrheit bekämen, Sie wollen die Altersgrenze herabsenken. Es klingt beinahe wie Hohn, wenn verlangt wird, man solle von 20 Jahren ab das Wahlrecht, auch das passive Wahlrecht, geben. Meines Erachtens ist die Altersgrenze, die wir im letzten Gesetze festgesetzt haben, schon reichlich tief, und es läßt sich auch von der sozialdemokratischen Partei nicht weglegen, daß das Verständnis für das Wesen, die Bedeutung, die Notwendigkeit eines geordneten Staatswesens denn doch erst in gereifterem Alter kommt. Meine Herren! Die Sozialdemokraten wissen ja genau, was sie tun, wenn sie das verlangen. Sie wissen: es wird an und für sich nicht, sie werden keinen Erfolg haben, aber nach außen hin sieht es wunderschön aus, wenn man sich als Förderer und